

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Er scheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 1 G. Mk. frei ins Haus, einschließlich der Postgebühren, Wort und Bild.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk.
Telegramm-Adresse: Zeitung.
Fernsprecher 27



Anzeigen

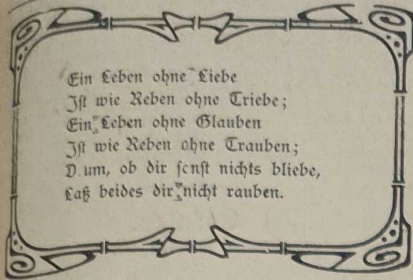
werden die sechsgehaltene 8 mm hohe (Netto-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Kleinanzeigen kosten pro Zeile 10 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Druckvorrichtung und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771.
Annahmegerühr für Offerten und Anzeigen beträgt 15 Pfg. Zeitungsbelegungen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 36.

Dienstag, den 24. März 1925

18. Jahrgang.



Ein Leben ohne Liebe
Ist wie Leben ohne Triebe;
Ein Leben ohne Glauben
Ist wie Leben ohne Trauben;
Dum, ob dir sonst nichts bliebe,
Laß beides dir nicht rauben.

Die Präsidentenwahl.

Am nächsten Sonntag schon findet die Neuwahl des Reichspräsidenten statt, es ist also unmöglich, daß die Kandidaten vorher wochenlang, wie es in den Vereinigten Staaten von Nordamerika üblich ist, zu Agitationszwecken das ganze Land bereisen können. Das ist aber auch nicht nötig, denn das ganze Volk weiß, worum es sich handelt. Es ist ihm zudem mit der direkten Präsidentenwahl ein Ehrenrecht gegeben, wie es keine Nation auf der Erde in völlig gleicher Form besitzt, und muß sich daher dieser Auszeichnung würdig erweisen. Welchen Ausgang der Wahlkampf der Persönlichkeit nach nehmen wird, das kann niemand mit Bestimmtheit voraussagen, aber wir bauen alle darauf, daß der Mann erhalten werden, den wir gebrauchen. Wir sind tiefer durch den Krieg betagelt worden, als wir es ahnen konnten, aber der Weltkrieg hat von neuem begonnen, und wir dürfen hoffen, daß der Weg nach oben uns vom Schicksal nicht behindert werden wird, daß auf den Präsidenten ein Mann kommt, der den Aufgaben dieses Amtes nicht im vollen Umfange gewachsen ist.

Das deutsche Volk bedarf heute mehr als je zuvor eines tatkräftigen Führers, der ihm den Weg durch die politischen und wirtschaftlichen Bedrängnisse weist. Die Zukunft wird uns für wahr nicht leicht gemacht. Wir sind auf uns selbst angewiesen. Niemand findet sich, der bereit wäre, Schulter an Schulter mit uns vorwärts zu schreiten und alle Hemmnisse aus dem Wege zu räumen, die vor uns aufgebaut werden. Die idealen Mächte, die uns allein zur Seite stehen, die Gerechtigkeit und die Gerechtigkeit, haben noch einen letzten Strauß auszuleisten mit der Unerblichkeit der Zeit. So ist unsere Zukunft, und ihre Befreiung erfordert Männer aus unserer Mitte, die über die Kraft und den Willen verfügen, das deutsche Volk einer besseren Zeit entgegenzuführen.

Bis 1924 standen die finanziellen Meinungsverschiedenheiten im Vordergrund, die dann durch die Londoner Konferenz zum Teil beseitigt worden sind. Aber die Erwarlung, die Londoner Verhandlungsmethode weiterhin auf andere Gebiete übertragen zu können, hat sich nicht erfüllt, die militärischen und politischen Auseinandersetzungen sind künstlich immer mehr erweitert worden. Alles das, was wir uns mit Frankreich nicht verständigen können, weil man in Paris die Einigung nicht will, wäre leicht zu erledigen, wenn unser guter Wille auf der anderen Seite der gleichen Absicht begegnete. Noch niemals indessen sind die einfachsten Dinge so verwirrt worden, so daß kaum noch ein Mittel zu finden ist, die natürliche Sicherheit wieder herzustellen. Der neue Reichspräsident hat kein Schwert in der Hand, um diesen gordischen Knoten zu zerhacken, er darf in der Weise nicht erlahmen, die haben zu lösen, um der Sicherheit zum Siege zu verhelfen.

Die Wurzel alles Übels und aller Verleumdung, die es anzurotten gibt, ist die Kriegsschuldfrage im Versailler Vertrag, aus der Herrriot heute seine Behauptung herleitet, Deutschland plane neue Ausgriffe auf Frankreich. Die Torheit dieser Ausführungen ergibt sich von selbst, aber sie wird immer wieder zur Schwärzerei hingestellt. Es heißt, haben wir nicht den Krieg angefangen, so ist uns zuzutrauen, daß wir es in Zukunft noch einmal versuchen. Darum verlangt Herrriot die Sicherheitsgarantie für den französischen Besitzstand, und deshalb geht er auch vom Rhein nicht fort, rührt bei der militärischen Kontrolle einen Wortmann auf den anderen, verknüpft die eventuelle Annahme Deutschlands in den Völkerbund mit allerlei Unzulänglichkeiten und kennt nichts anderes, als immer neue Vorwände zu finden, um uns unter dem Vorwand zuteil werden zu lassen. Hierin freie Bahn zu schaffen, darin liegen mit die Aufgaben des neuen Reichspräsidenten, sie gehören mit zu der Erbschaft, die Herrriot Ebert seinem Nachfolger hinterlassen hat.

Mitten im Wahlkampf.

Die Kandidaten vor ihren Wählern.

Mit Beginn der letzten Woche vor der Präsidentenwahl hat der Wahlkampf seinen Höhepunkt erreicht. Mitten im Wahlkampf fanden am Sonntag Wahlversammlungen in auch Straßentribünen statt. Besonders Interesse wurde selbstverständlich den Kandidaten entgegengebracht, in denen die Kandidaten persönlich das Wort ergriffen.

Der demokratische Kandidat, der bairische Staatspräsident

Professor Dr. Hellpach,

sprach in einer von Tausenden besuchten Versammlung in Hamburg über das Thema „Volkstum, Staatsform und Kultur“. Er bezeichnete es als ein besonderes Glück, daß der erste Präsident der deutschen Republik eine Persönlichkeit war, die mit großem politischen Takt die auseinanderstrebenden Elemente zusammenhalten mußte. Nun soll das deutsche Volk sich am 29. März zum ersten Mal selbst ein Oberhaupt wählen. Es müsse ein Mann gewählt werden, der die Republik nicht nur mit dem fähigen Verstand leite, sondern das deutsche Volk durch Leistung zur Geltung, durch Arbeit zur Blüte, durch Recht zur Freiheit, durch Recht zum Staat, und durch Freiheit und Staat zur Größe und Macht führe.

Jarres wehrt sich.

Die sogenannte Versäufungspolitik.

Der Kandidat des Reichsblochs, Dr. Jarres, hatte ebenfalls Hamburg zum Ort seiner Sonntagsrede gewählt. Seine Ausführungen gewannen besondere Bedeutung dadurch, daß er auf die sogenannte Versäufungspolitik des Herbstes 1923 einging und die in Verbindung damit in jüngster Zeit gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurückwies. In diesem Zusammenhang führte er u. a. aus:

„Als es im Rheinland klar geworden war, daß der passive Widerstand aus Mangel an materiellen Mitteln aufgegeben werden mußte, haben ich die verantwortlichen Männer von Rhein und Ruhr darüber unterhalten, welche Lösung für das Vaterland die beste wäre. Untstehende Kreise haben dabei die Auffassung vertreten, dem Verlangen Poincarés sei nachzugeben und der passive Widerstand augenblicklich abzubrechen. Meine Freunde und ich haben die internationale Lösung auf Grund der Note der englischen Regierung vom August 1923 gesucht, die den Ruhrerubergang offer als einen Bruch des Versailler Vertrages bezeichnet hat. Den Besatzungsmächten sollte mitgeteilt werden, daß die Rheinländer sich diesen Mächten gegenüber nicht an den Friedensvertrag gebunden hielten, solange der Vertragsbruch an der Ruhr fortduer. Wir waren uns darüber klar, daß dieser Schritt unter Umständen schwere Folgen haben konnte. Aber noch heute bin ich der Ansicht, daß das, was gegebenenfalls eingetreten wäre, nicht schlimmer sein konnte als das, was auf dem Versäufungswege tatsächlich eingetreten ist.“

Weiter betonte Jarres, daß diese Politik mit einer Preisgabe des Rheinlandes nicht das Geringste zu tun hatte; die sollte im Gegenteil verhindern, daß die Behauptung einer Postreinnung der Rheinlande entgegengetrieben. Im Herbst 1923 hätten auch die versäufungspolitiker keinen Schritt mehr gesehen, um die Rheinlande am Reich zu halten. Maggebende Führer des Zentrums und der Demokratischen Partei hätten auch nichts anderes gewünscht, als Verhandlungen mit dem Feind, bei denen die Zugehörigkeit der Rheinlande zum Reich preisgegeben und ein selbständiger Staat außerhalb des Reiches zugelassen werden sollte.

Jarres über Hindenburg.

Von Hamburg aus begab sich Dr. Jarres nach Hannover, um auf Einladung des Reichsblochs vor einem geladenen Kreis in Hannover zu sprechen. Führer und Vertreter aus allen Volksteilen waren im Hotel Kassen versammelt, um den Kandidaten des Reichsblochs zu hören. Generalfeldmarschall von Hindenburg ließ sich durch den Oberstleutnant von Kligel vertreten. In seiner Rede führte er aus, in Hannover habe es besonders für ihn gekostet, einem Manne seine Aufwartung zu machen, der allen Ehren als Vorbild vor Augen stehe, nämlich Hindenburg. Die Stadt Hannover könne stolz darauf sein, daß sie diesen deutschen Mann in ihren Mauern berge. Es sei für ihn von größtem Werte gewesen, daß dieser Mann, dessen Namen im deutschen Volke einen Klang von ganz besonderer Art habe, es für richtig gehalten habe, auch seinen Namen unter den Ruf der Führer für die Kandidatur des Reichsblochs zu setzen. Er habe selbstverständlich persönlich die Verpflichtung erfüllt, die ihm hiermit, dem Generalfeldmarschall dafür zu danken.

Sicherheitspakt und Räumung.

Reise Herrriots nach London?

Die das Londoner Arbeiterorgan „Daily Herald“ meldet, soll der französische Ministerpräsident Herrriot angeht, daß der aufgetauchten Schwierigkeiten die Absicht haben, Chamberlain in London zu besuchen, besonders deshalb, um die Räumung der Kölner Zone durch die Engländer zu besprechen.

Der deutsche Standpunkt.

Ohne Räumung Kölns kein Sicherheitspakt.

Die Londoner Blätter behaupten, der deutsche Botschafter Schamer habe Chamberlain ein langes Memorandum überreicht, in dem eine Reihe unklarer Punkte des deutschen Vorschlags über eine Garantie der Westgrenzen zur allgemeinen Zufriedenheit aufgeklärt worden waren.

Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, legen alle englischen Minister den deutschen Vorschlägen nach wie vor die größte Bedeutung bei. Nach der Darstellung des Blattes bestätigt sich die Mitteilung, daß Chamberlain dem deutschen Botschafter mitgeteilt habe, die deutschen Vorschläge hätten erstens Aufmerksamkeit und Erwägung gefunden, obwohl keine rasche Entwicklung der Dinge zu erwarten wäre. Augenblicklich, sagt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, sei kein Anlaß vorhanden, dem deutschen Reich Unnachgiebigkeit zum Vorwurf zu machen.

Berlin habe angedeutet, daß die Räumung der letzten Vertragszone im ganzen Rheinland als Vorbedingung für einen Garantiepakt im Westen verlangt werden würde.

Die Räumung Kölns und des Ruhrgebietes sei erörtert worden, nach der englischen Auffassung aber als durchaus unabhängig von der Frage der Sicherheit anzusehen. Schließlich werde angenommen, daß es die Absicht Deutschlands wäre, den Widerspruch gegen die Annahme der vollen Verpflichtungen durch Artikel 16 des Völkerbundpactes fallen zu lassen. Außerdem habe auch Herrriot Entgegenkommen gezeigt, da er sich den englischen Standpunkt zu eigen gemacht habe, daß Deutschland Zulassung zum Völkerbund und der Abschluß eines Sonderpactes gleichzeitig verhandelt werden sollten. Trotzdem seien die Meinungsverschiedenheiten in wesentlichen Einzelheiten erheblich.

Fehrenbach über Ebert.

Als Zeuge vor dem Magdeburger Gericht.

Der frühere Reichszentraler Konstantin Fehrenbach wurde am Montag im Magdeburger Prozeß als Zeuge vernommen. Er sagte aus, er habe Ebert sehr gut gekannt, besonders aus dem Hausparlament des Reichstags, und ihn als zuverlässigen Parteimann gekannt. In der Woche vor der Revolution sei Ebert in sein Arbeitszimmer gekommen und habe ihm weiter erzählt, wie er in zwei Versammlungen von dem revolutionären Gedanken abgeraten habe. Er habe im Anblick daran mit ihm gesprochen über das, was kommen würde. Ebert betonte, daß seine Partei sozial und demokratisch sei. Er versicherte ihm weiter, daß die Person des Kaisers unmöglich geworden sei, daß man aber bereit sei, etwa

den ältesten Sohn des Kronprinzen als Kaiser

anzuerkennen. Der Verteidiger des Angeklagten Rothardt, Rechtsanwalt Dr. Luettebrunn, richtete darauf an den Zeugen die Frage, ob ihm bekannt sei, daß Bismarck Erz. v. Bayern sich über die Teilnahme Eberts, Scheidemanns und Brauns am Januarstreik sehr mißbilligend ausgesprochen und daß die „Germania“ einen Artikel brachte: „Letzten Endes Landesverrat“. Der Zeuge bemerkte dazu, das habe er allerdings gelesen. Man habe aber damals die inneren Gründe des verstorbenen Reichspräsidenten nicht gekannt, die uns heute vorliegen. Man habe ihn damals möglicherweise schweres Unrecht getan.

Die Einziehung der streitenden Munitionsarbeiter.

Nach Fehrenbach wurde General Ritter und Edler von Braun vernommen, der s. Zt. im Kriegssamt die Einberufung und Beschaffung von Arbeitskräften leitete und infolgedessen auch über die Reklamationen zu entscheiden hatte. Die Verteidigung bat den Zeugen um Auskunft darüber, ob das Kriegsamts Streikende wegen ihrer Arbeitsunterbrechung eingezogen habe und dies von den Arbeitern als Strafmaßnahme bezeichnet worden ist. Der Zeuge erwiderte, die Lage sei so gewesen, daß ein Mann, der die Arbeit in der Industrie niederlegte, sich der Reklamation freiwillig begab. Das Kriegsamts mußte monatlich 100 000 Mann nachschicken. Mathlich wurden bei Streiks zuerst die eingezogen, di

